

# Hémécht

## **Max Schmitz**

Un nouveau témoin manuscrit  
de la *Legenda aurea* en moyen néerlandais

## **Othon Scholer**

Le Phénix aux Bains  
Un emblème troublant du château de Mansfeld (1<sup>ère</sup> partie)

## **Fabian Trinkaus**

Zwischen sozialer Befriedung, politischer Entmündigung  
und betriebswirtschaftlichem Kalkül

## **Sally Scholer**

Die Vorgeschichte der Société électrique de l'Our (S.E.O.)

## **Rapports de recherche / Forschungsberichte**

## **Comptes rendus / Buchbesprechungen**

Jg. 64  
2012  
Heft 1

**Revue d'Histoire luxembourgeoise**  
transnationale, locale, interdisciplinaire  
**Zeitschrift für Luxemburger Geschichte**  
transnational, lokal, interdisziplinär

Sally Scholer

## Die Vorgeschichte der Société électrique de l'Our (S.E.O.)

Der folgende Beitrag besteht aus dem ersten Teil der Magisterarbeit „Société électrique de l'Our (S.E.O.): Entstehungsgeschichte und Bedeutung als europäisches Gemeinschaftswerk“, die zwischen Oktober 2009 und Februar 2010 an der Universität Heidelberg unter der Betreuung von Prof. Dr. Madeleine Herren-Oesch verfasst worden ist. Dieses Kapitel der Arbeit befasst sich mit der Anfangsgeschichte des Ourtalprojektes vor dem Zweiten Weltkrieg. Ziel dieses ersten großen Kapitels soll es sein, die Ursprünge der späteren Société électrique de l'Our (SEO) auszumachen, da diese unabdingbar für die Entwicklung und Gründung der Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg waren. In diesem Zusammenhang muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass es nicht möglich war die Vorgeschichte der SEO im Detail zu behandeln, da es den Rahmen der Magisterarbeit gesprengt hätte. Die Hauptzielsetzung der Arbeit besteht nämlich darin die Entstehungsgeschichte der SEO nach dem Zweiten Weltkrieg und deren spätere Rolle als europäisches Gemeinschaftswerk zu analysieren. Es wurde in der Arbeit versucht, die wichtigsten Themenbereiche im Zusammenhang mit diesem Unternehmen zu umreißen. Es konnte jedoch nur ein Bruchteil der vorhandenen Quellen behandelt und analysiert werden. Weitere Quellen, die in weiterführenden Arbeiten noch berücksichtigt werden müssten, sind vor allem diejenigen des Werksarchivs der RWE in Essen. Da diese Analyse jedoch vor allem die luxemburgische Sichtweise des Projektes beleuchtet, wurde das RWE-Archiv in Essen nicht konsultiert. In einer zusätzlichen Ausführung wäre es daher sicherlich interessant die Vorgeschichte des Unternehmens im Detail und vom deutschen Standpunkt aus zu analysieren.

In einem ersten Schritt wird sich mit dem Ourtal an sich und der Frage befasst, was dieses so interessant für den Bau einer Talsperre zur Energieerzeugung beziehungsweise -veredlung machte. Anschließend werden die beiden Hauptprojekte der Vorkriegszeit näher beleuchtet. Dies wäre zum einen das Unterfangen Emile Mayrischs von 1909 und zum anderen das RWE-AEG-Projekt der zwanziger Jahre, auf welchem ein besonderes Augenmerk liegen wird, da es das Nachkriegsprojekt nicht unwesentlich beeinflusste. Es sollen ein kurzer Einblick in das geplante Vorhaben geboten und die politischen Gegebenheiten dieser Epoche näher beleuchtet

werden. Zudem soll geklärt werden, ob das Scheitern dieses Planes politisch oder durch den von der Öffentlichkeit ausgeübten Druck begründet gewesen sein könnte. Das Ziel des ersten Teils dieser Magisterarbeit ist es folglich die Vorgeschichte der SEO kurz darzustellen, da diese unabdingbar für die weiteren Untersuchungen des Nachkriegsunternehmens ist.

### **Thematischer Rahmen der Arbeit und Quellenlage**

*Das Viandener Pumpspeicherwerk ist als ein gemeinsames Werk des Austausches nicht nur der Energie, sondern auch des Könnens und des Dienstes am Fortschritt der europäischen Wirtschaft zu werten. [...] Von hüben und drüben soll zum wirtschaftlichen Austausch das gute Einvernehmen und die Freundschaft hinzukommen, da nichts besser diese fördert als ein gemeinsam unternommenes und gefördertes Werk, Ausdruck des Vertrauens in das Schicksal und den europäischen Geist unserer beiden Nationen.*<sup>1</sup>

So beschrieb der luxemburgische Staatsminister Pierre Werner am 30. April 1964, anlässlich der Einweihung, das Pumpspeicherwerk in Vianden. Er sah dieses als ein luxemburgisch-deutsches Gemeinschaftswerk mit einer europäischen Dimension an. Die Talsperre ist allerdings nicht erst ein Werk der Nachkriegsgeschichte, die Ursprünge davon sind bereits Anfang des 20. Jahrhunderts zu finden.

Das Großherzogtum Luxemburg befand sich am Ende des Zweiten Weltkrieges, wie die meisten anderen europäischen Länder, in einer schlimmen Wirtschaftskrise. Die Stahlproduktion belief sich beispielsweise nur noch auf rund zwei Drittel<sup>2</sup> der Erzeugnisse der Vorkriegsjahre und große Teile des Landes waren durch den Krieg zerstört oder sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Landwirtschaft im Norden des Landes war im Zuge der Ardennen-Offensive und der damit verbundenen Zerstörungen fast ganz zum Erliegen gekommen und zahlreiche Straßen und Schienenabschnitte waren stark beschädigt worden.<sup>3</sup> Außerdem war das Hochspannungsverteilungsnetz teilweise zerstört worden.<sup>4</sup> Vor allem der Norden, aber auch der Osten des Landes entlang der Mosel und der Sauer waren sehr stark betroffen. Laut der luxemburgischen Tageszeitung „Luxemburger Wort“ wurden von den 1170 km an Leitungen ganze 400 km zerstört, von den 475 existierenden Transformatorenstationen waren 225 beschädigt worden.<sup>5</sup> Des Weiteren wurden rund 43 % der Gebäude zerstört.<sup>6</sup> Ein Hauptanliegen der Nachkriegsregierung musste es also sein, das Land sowohl in wirtschaftlicher als auch in materieller Hinsicht wieder aufzubauen. Für das luxemburgische Stromnetz bedeutete dies, dass man sofort nach den letzten Kampfhandlungen versuchen musste die elektri-

<sup>1</sup> Zit. nach WERNER, Pierre: Allocution du Ministre d'Etat à l'occasion de l'inauguration de la centrale de Vianden, in: Bulletin de Documentation N°5, 30.04.1964, S. 13.

<sup>2</sup> Vgl. Service central de la statistique et des études économiques (STATEC) (Hrg.): Portrait économique et social du Luxembourg, Luxembourg 2003, S. 12.

<sup>3</sup> Vgl. TRAUSCH, Gilbert: Histoire du Luxembourg, Paris 1992, S. 179.

<sup>4</sup> Vgl. FELTES, Paul: L'électrification du Luxembourg. Genèse et développement de la CEGEDEL (1928-2003), Luxembourg 2003, S. 119.

<sup>5</sup> Vgl. Das verwüstete Hochspannungs-Verteilungsnetz. Die „Cegedel“ im Oesling und an der Mosel mit Hochdruck an der Arbeit, in: Luxemburger Wort Nr. 68 vom 9.03.1945, S. 2.

<sup>6</sup> Vgl. TRAUSCH, Gérard: La Société luxembourgeoise depuis le milieu du 19e siècle dans une perspective économique et sociale (Cahier économique N°108), Luxembourg 2009, S. 38.

schen Leitungen zu reparieren. Dies erwies sich jedoch als relativ schwierig, da das dafür notwendige Material fehlte. Die erhöhte Nachfrage an elektrischer Energie führte zudem zu einer zusätzlichen Stromknappheit. Dieses gesteigerte Bedürfnis ist damit zu erklären, dass es in den ersten Nachkriegsjahren zu einer Modernisierung der Industrie und der allgemeinen Infrastruktur des Landes kam.<sup>7</sup>

Ein weiteres Problem stellte die Art der Energiegewinnung dar. 1951 wurden 98 % der Stromversorgung durch die thermischen Anlagen der Stahlindustrie gesichert.<sup>8</sup> Da aber in ganz Europa infolge des Krieges eine Kohlenknappheit bestand, wurde der Strompreis in die Höhe getrieben.<sup>9</sup> Luxemburgs Abhängigkeit von thermischer Energie bewegte die Regierung letztendlich dazu, nach Alternativen zu suchen. Die Erzeugung von elektrischer Energie mittels Wasserkraft bot sich in diesem Fall an. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg hatte es einige Studien zu einem Wasserkraftwerk an der Our, an der deutsch-luxemburgischen Grenze gegeben. Die Studie der RWE-AEG der zwanziger Jahre war am ausgereiftesten. Es war also nur logisch, dieses Projekt wieder aufzunehmen und auf seine Tauglichkeit zu überprüfen. Dies brachte jedoch einige Schwierigkeiten, sowohl politischer als auch finanzieller und wirtschaftlicher Natur mit sich.

Der Forschungsstand zu der Société électrique de l'Our und ihrer Rolle in der Nachkriegszeit, als ein Werk europäischer Zusammenarbeit, steckt momentan noch in den Kinderschuhen. Zu den Arbeiten, welche direkt mit der SEO zusammenhängen, kann man Pierre Hamer hervorheben, der einige Festschriften für das Unternehmen verfasst hat. Diese muss man aber mit einer gewissen Distanz betrachten, da sie die Sichtweise des Betriebes widerspiegeln. Im Nationalarchiv von Luxemburg findet man eine Menge interessanter Dokumente, welche Aufschluss über das behandelte Thema geben, allerdings sind nur wenige Archivalien aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg vorhanden. Auch das Landeshauptarchiv in Koblenz besitzt einige für die Arbeit bedeutende Akten. Das Kreisarchiv Bitburg verfügt zudem ebenfalls über einige die Thematik betreffende Dokumente. Jedoch sind die in diesen beiden Archiven vorhandenen Dokumente ausschließlich aus der Zeit nach 1945. Schließlich bleiben noch die Archive der Gemeinde Vianden zu erwähnen. Hier handelt es sich aber im Wesentlichen um Dokumente, die direkt mit der Stadt zu tun haben und weniger auf die internationale Dimension des Projektes eingehen.

Die Quellenlage zu den Projekten der Vorkriegszeit ist, wie oben bereits erwähnt wurde, relativ schlecht, vor allem für das Projekt von Emile Mayrisch. Da es ein noch weitestgehend unerforschtes Thema ist, wurde in dieser Magisterarbeit sehr viel Quellenmaterial zur Behandlung der verschiedenen Fragen herangezogen.

### **Das Ourtal**

Das Ourtal liegt in Mitteleuropa im Grenzgebiet zwischen Deutschland, Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg. Der Fluss Our bildet teilweise die natürliche Grenze zwischen Luxemburg und Deutschland sowie zwischen Deutschland

<sup>7</sup> Vgl. FELTES: L'électrification (Anm. 4), S. 123.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Ebd.

und Belgien. Die Our entspringt im deutsch-belgischen Grenzgebiet im Büllinger Wald, auf einer Höhe von 650 m.<sup>10</sup> Auf rund 40 Kilometern durchquert der Fluss belgisches Gebiet.<sup>11</sup>

Die 135 km Grenze zwischen Luxemburg und Deutschland werden auf fast der gesamten Länge durch die Flüsse Our, Sauer und Mosel gebildet. Von 135 km werden rund 128 von diesen Wasserläufen gebildet.<sup>12</sup> Das Gebiet um Vianden bildet die einzige Ausnahme, hier erstreckt sich das Großherzogtum auf 7 km, auch östlich des Flusses Our.<sup>13</sup> Dieser Wasserlauf stellt, mit einer Länge von 51 km, den nördlichsten und zugleich auch längsten Grenzabschnitt zwischen Deutschland und Luxemburg dar.<sup>14</sup> Der nördlichste Punkt der luxemburgischen Ourgrenze ist das Dreiländereck Deutschland-Belgien-Luxemburg.<sup>15</sup> Das deutsch-luxemburgische Grenzgebiet, das die drei Flüsse Our, Sauer und Mosel bilden, wird von den beiden Ländern gemeinsam verwaltet. Es handelt sich hierbei um ein sogenanntes Kondominat.<sup>16</sup> Dieses Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet soviel wie „gemeinsames Eigentum“. Die drei Flüsse gehören also sowohl Deutschland als auch dem Großherzogtum. Die Grenzziehung zwischen Luxemburg und Deutschland geht auf Vereinbarungen zurück, die 1815 auf dem Wiener Kongress beschlossen wurden; damals wurde festgehalten, dass die Flüsse den beiden Mächten gemeinsam gehören.<sup>17</sup> Das Wort Kondominat wurde jedoch damals noch nicht explizit erwähnt.<sup>18</sup> Die Regelung, dass die Flüsse von beiden Ländern gemeinsam verwaltet werden, geht auf drei verschiedene, dem Wiener Kongress nachfolgende Grenzverträge zurück, die zwischen den Niederlanden und Preußen geschlossen wurden.<sup>19</sup> Die Tatsache, dass diese Verträge zwischen Preußen und den Niederlanden geschlossen wurden, ist dadurch zu erklären, dass das Großherzogtum zu dieser Zeit in Personalunion vom niederländischen Herrscherhaus regiert wurde.

Aufgrund dieser heute noch gültigen Verträge können Luxemburg und Deutschland also nur gemeinsam über den Gebrauch der Grenzflüsse entscheiden. Dieser Aspekt war für den Bau des Pumpspeicherwerkes in Vianden und die wirtschaftliche Nutzung der Our von großer Bedeutung. Luxemburg musste folglich die Erlaubnis des Landes Rheinland-Pfalz einholen, um die Our dementsprechend nutzen zu dürfen.

<sup>10</sup> Vgl. Archives nationales du Luxembourg (ANLux) MTRADIV-0098: SEO 1958 (Cote provisoire, Fonds pas encore inventorié); BODSON, Victor: L'aménagement hydro-électrique de la vallée de l'Our, in: Fünfte Weltkraftkonferenz Vorabdruck für Konferenzteilnehmer, Wien 1956.

<sup>11</sup> Vgl. HAMER, Pierre: Genèse et activité de la Société électrique de l'Our, Luxembourg 1976, S. 30.

<sup>12</sup> Vgl. KHAN, Daniel-Erasmus: Die deutschen Staatsgrenzen, Tübingen 2004, S. 474.

<sup>13</sup> Vgl. KHAN: Die deutschen Staatsgrenzen (Anm. 12), S. 474f.

<sup>14</sup> Vgl. Grand-Duché de Luxembourg (Administration du Cadastre), Land Rheinland-Pfalz (Obere Katasterbehörde) (Hrsg.): Grenzvermessung Deutschland-Luxemburg. Die Entstehung der Grenze in den Jahren 1815/16 sowie ihre Vermessung und Dokumentation in den Jahren 1980–1984, Luxemburg/Mainz 1984, S. 114.

<sup>15</sup> Vgl. Grand-Duché de Luxembourg (Administration du Cadastre), Land Rheinland-Pfalz (Obere Katasterbehörde) (Hrsg.): Grenzvermessung (Anm. 14), S. 114.

<sup>16</sup> Vgl. KHAN: Die deutschen Staatsgrenzen (Anm. 12), S. 476.

<sup>17</sup> Vgl. KHAN: Die deutschen Staatsgrenzen (Anm. 12), S. 474.

<sup>18</sup> Vgl. KHAN: Die deutschen Staatsgrenzen (Anm. 12), S. 477.

<sup>19</sup> Vgl. KHAN: Die deutschen Staatsgrenzen (Anm. 12), S. 474.



Die hydrologischen und geologischen Verhältnisse der Our sind für den Bau eines Wasserkraftwerkes äußerst vorteilhaft. Das Einzugsgebiet des Flusses erstreckt sich auf 700 qkm, wovon rund 130 auf den Nebenfluss Irsen entfallen.<sup>20</sup> Die Our ist ein typischer Mittelgebirgsfluss, der im Winter und Frühjahr öfters Hochwasser bis zu 300 m<sup>3</sup>/s führt.<sup>21</sup> In den warmen Sommermonaten fließt dementsprechend weniger Wasser in dem Fluss.<sup>22</sup> Der Fluss führt also eher sehr stark schwankende Wassermengen. Der Untergrund des Nikolausberges besteht in der Hauptsache aus Tonschiefer; der Felsen an sich ist äußerst hart und sehr wetterbeständig.<sup>23</sup> Die Festigkeit des Felsens bot folglich die idealen Voraussetzungen, um die Stollen für die Maschinenhalle hineinzubohren und das Hochspeicherbecken auf der Ebene zu errichten. Der Tonschiefer eignete sich zudem sehr gut um den Damm des oberen Beckens aufzuschütten.<sup>24</sup> Die Beckensohle des Hochspeicherbeckens sollte den Gutachtern zufolge allerdings abgedichtet werden, da der Boden erst ab einer Tiefe von 20 m vollkommen rissfrei ist.<sup>25</sup>

Das Rückhaltevermögen des Bodens im Ourtal ist eher gering, so dass die Niederschläge sofort abfließen können.<sup>26</sup> Dies führt wiederum dazu, dass die Wasserführung der Our sehr unausgeglich ist.<sup>27</sup>

Ein weiterer Vorteil der Our als Standort eines Pumpspeicherwerkes besteht darin, dass das durch den Fluss tief eingeschnittene Ourtal sich zwischen zwei Hochebenen befindet. Diese sind zum Bau eines Pumpspeicherwerkes mit Oberbecken sehr gut geeignet. Des Weiteren braucht man diese Hochebenen, um das benötigte Gefälle zur Energiegewinnung zu schaffen. Hinzuzufügen bleibt ebenfalls, dass sich das Ourtal im Herzen Europas und in der Nähe einiger seiner wichtigsten Industriegebiete, wie Lothringen oder dem Ruhrgebiet, befindet. Darüber hinaus weist das Ourtal eine eher geringe Fruchtbarkeit des Bodens auf, weswegen es relativ dünn besiedelt ist.<sup>28</sup> Für den Bau eines Pumpspeicherwerkes und der dazu gehörigen Anlagen mussten also nur wenige Menschen umgesiedelt werden. Diese Tatsache sollte auch den Erwerb der Grundstücke erleichtern, welche zum Bau des Werkes benötigt wurden. Es fiel den Menschen leicht, sich von dem eher wertlosen Grund zu trennen.

Das Ourtal bot also die idealen Voraussetzungen für den Bau eines Wasserkraftwerkes. Das große wasserwirtschaftliche Potenzial dieser Gegend blieb den Menschen nicht verborgen. Die beiden nächsten Abschnitte werden belegen, dass bereits vor dem Zweiten Weltkrieg ein reges Interesse an diesem Tal als Standort eines Wasserkraftwerkes bestand.

<sup>20</sup> Vgl. HAMER: *Genèse et activité* (Anm. 11), S. 30.

<sup>21</sup> HAMER: *Genèse et activité* (Anm. 11), S. 30.

<sup>22</sup> HAMER: *Genèse et activité* (Anm. 11), S. 30.

<sup>23</sup> Vgl. ANLux CFEL-0147: *Aménagement hydro-électrique de l'Our - Documentation, 1953-1957* (Cote provisoire; Fonds en cours d'inventorisation); Société électrique de l'Our: *Pumpspeicherwerk Nikolausberg. Geologische und bodenmechanische Gutachten und Voruntersuchungen*, Luxemburg 1953, S. 4.

<sup>24</sup> Vgl. ebd., S. 6.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>26</sup> Vgl. HAMER, Pierre: *Die Entstehung des Pumpspeicherwerkes in Vianden*, Luxemburg 1971, S. 55.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Ebd.

## Emile Mayrischs Plan

Emile Mayrisch war Anfang des 20. Jahrhunderts eine der wichtigsten Persönlichkeiten des Großherzogtums Luxemburg. Er gründete 1911 aus drei bestehenden Kapitalgesellschaften die ARBED (Aciéries réunies de Burbach, Eich et Dudelange).<sup>29</sup> Dieser Konzern besteht bis heute unter dem Namen ArcelorMittal und ist der weltweit größte Stahlkonzern. Schon vor der Gründung der ARBED war Emile Mayrisch als Direktor der Düdelinger Schmelz erfolgreich. Im Jahr 1909 ergriff er schließlich die Initiative, um das Ourtal wasserwirtschaftlich auszunutzen. In den luxemburgischen Nationalarchiven befindet sich eine Akte zu jener Thematik.<sup>30</sup> Es handelt sich hierbei um Korrespondenz zwischen Mayrisch und Staatsminister Paul Eyschen, sowie zwischen dem Staatsminister und dem Regierungspräsidenten Dr. Baltz in Trier. Der Umfang der Akte ist jedoch äußerst bescheiden und lässt keine ausführliche Rekonstruktion des Projektes zu. Auch in der Sekundärliteratur wird nur sehr spärlich, wenn überhaupt, auf diese Initiative Mayrischs eingegangen.

Am 6. November 1909 wendete sich Mayrisch zum ersten Mal schriftlich an den damaligen luxemburgischen Staatsminister und Regierungspräsidenten Paul Eyschen.<sup>31</sup> In diesem Brief bittet er um ein Treffen, ohne allerdings näher auf den Grund dieser Zusammenkunft einzugehen. Der luxemburgische Wirtschaftswissenschaftler Carlo Hemmer schrieb in seinem Beitrag zu dem Buch „Colpach“, dass diese Begegnung stattfand und es Mayrisch gelang, den Staatsminister von seinem Anliegen zu überzeugen.<sup>32</sup> Die Quellen belegen dies. Eyschen antwortete Mayrisch am 9. November, dass er jeden Morgen zu seiner Verfügung stehe. Die Akte gibt jedoch keinen Aufschluss darüber, wann das Treffen schließlich stattfand beziehungsweise was das Ergebnis dieses Gesprächs war. Man kann allerdings davon ausgehen, dass Hemmer mit seiner Annahme, dass Mayrisch Eyschen überzeugen konnte, richtig liegt. Am 17. November 1909 richtete Emile Mayrisch nämlich einen weiteren Brief an ihn. In diesem bat er darum, zwei Talsperren an der Our, eine in der Nähe von Rodershausen und eine bei Bivels, bauen zu dürfen.<sup>33</sup> Des Weiteren bat er um die Erlaubnis, die Sauer bei Ralingen wasserwirtschaftlich auszunutzen. Die Elektrizität, die anhand dieser Anlagen produziert werden sollte, sollte [...] *den gewerblichen Unternehmungen zur Verfügung gestellt werden*.<sup>34</sup> Der Hüttendirektor ging in dem Schreiben zudem auf die diversen Vorteile seiner geplanten Werke ein. Die Talsperren sollten das in dieser Gegend häufige Hochwasser regulieren und die sommerlichen Schifffahrtsverhältnisse auf der Mosel entscheidend verbessern.<sup>35</sup> Mayrisch kam zu dem Schluss, dass es keine andere Mög-

<sup>29</sup> Vgl. TRAUSCH, Gilbert: *Le maître de forges Emile Mayrisch et son épouse Aline. Puissance et influence au service d'une vision*, Luxembourg 1999, S. 3.

<sup>30</sup> ANLux, Affaires étrangères 2415 (AE): *Etablissement de barrages sur l'Our et sur la Sûre: Demande E. Mayrisch, Dudelange*, 1909.

<sup>31</sup> ANLux AE 2415 (Anm. 30): Brief von Emil Mayrisch an den Staatsminister Paul Eyschen vom 6.11.1909.

<sup>32</sup> Vgl. HEMMER, Carlo: *Actualité d'Emile Mayrisch*, in: Colpach, hrsg. v. Amis de Colpach, Luxembourg 1978, S. 58.

<sup>33</sup> ANLux AE 2415 (Anm. 30): Brief von Emil Mayrisch an Paul Eyschen vom 17.11.1909.

<sup>34</sup> Zit. nach ANLux AE 2415 (Anm. 30): Brief von Emil Mayrisch an Paul Eyschen vom 17.11.1909.

<sup>35</sup> Vgl. ANLux AE 2415 (Anm. 30): Brief von Emil Mayrisch an Paul Eyschen vom 17.11.1909.

lichkeit gäbe, als seine Pläne zu unterstützen, wie aus folgendem Briefausschnitt hervorgeht: *Die Vorteile, welche der Allgemeinheit aus der Verwirklichung meiner Pläne erwachsen werden, sind derart einleuchtend, dass ich auf die rückhaltlose Unterstützung Ev. Excellens zu hoffen wage. Ich hoffe besonders gerne, dass Sie mir diese Unterstützung bei den Verhandlungen mit der Königlich-Preussischen Regierung in Trier werden angedeihen lassen.*<sup>36</sup>

Es ist natürlich nicht unwesentlich zu wissen, dass Mayrisch, wie oben bereits erwähnt wurde, in Luxemburg ein wichtiger Industrieller war. Die Stahlindustrie war zu diesem Zeitpunkt das bedeutendste Standbein der luxemburgischen Wirtschaft. Man kann also davon ausgehen, dass mit den gewerblichen Unternehmungen, die Mayrisch hier erwähnte, die Anlagen der Eisen- und Stahlindustrie gemeint waren. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig zu erwähnen, dass zu jener Zeit die ersten Elektroschmelzöfen in Luxemburg in Betrieb genommen wurden. So berichtete beispielsweise die „Luxemburger Zeitung“ am 5. September 1909 von der Inbetriebnahme des ersten elektrischen Ofens im Stahlwerk Dommeldingen.<sup>37</sup> Diese benötigten wesentlich mehr elektrische Kraft, als es bei den normalen Werken der Fall war. Sie konnten folglich nicht ausreichend mit der von den Hochöfen gelieferten Energie versorgt werden. Die luxemburgischen Stahlindustriellen hatten also ein persönliches Interesse an einer neuen Energiequelle. Es ging Mayrisch nicht nur um die Vorteile, die der Allgemeinheit durch diese Anlagen entstanden wären, sondern vor allem um eine eigene Stromproduktion, zur Unterstützung der Schmelzen und insbesondere zur Unterstützung der neuen „stromfressenden“ Elektrowerke. Mit eigenen Anlagen hätte er zudem die Preise selber festlegen und den noch in den Kinderschuhen steckenden luxemburgischen Strommarkt kontrollieren können.

Die Bedeutung und der Einfluss, den Mayrisch in dieser Epoche in der luxemburgischen Gesellschaft einnahm, wird auch in einem Brief Paul Eyschens vom 18. November 1909 an den Regierungspräsidenten in Trier deutlich. Laut diesem nehme Mayrisch in der *diesseitigen Hüttenindustrie*<sup>38</sup> eine *hervorragende Stellung*<sup>39</sup> ein und sei in Luxemburg als *ein umsichtiger, kapitalkräftiger Mann bekannt*<sup>40</sup>. Der Hüttendirektor konnte sich also der Unterstützung der luxemburgischen Regierung sicher sein. Es ist hier auch hervorzuheben, dass dieser Brief am 18. November geschrieben wurde, d.h. nur einen Tag, nachdem Emile Mayrischs Brief, mit der Bitte sich an die königlich-preussische Regierung zu wenden, geschrieben wurde. Dies verdeutlicht noch einmal die Stellung, die Mayrisch und seinen Plänen in der luxemburgischen Regierung zugemessen wurden. Eyschen lobte die Pläne des Hüttendirektors in den höchsten Tönen und schien alles daran zu setzen, dass die preussische Regierung ihre Zustimmung erteilte. Die Tatsache, dass nicht nur der luxemburgische Regierungspräsident diesen Plänen zustimmen musste, sondern auch die preussische Regierung, hängt damit zusammen, dass, wie im vorheri-

<sup>36</sup> Zit. nach ANLux AE 2415 (Anm. 30): Brief von Emil Mayrisch an Paul Eyschen vom 17.11.1909.

<sup>37</sup> Dommeldingen, in: Luxemburger Zeitung Morgenausgabe vom 5.09.1909, S. 2.

<sup>38</sup> Zit. nach ANLux AE 2415 (Anm. 30): Brief von Paul Eyschen an den Regierungspräsidenten Dr. Baltz in Trier vom 18.11.1909.

<sup>39</sup> Zit. nach ANLux AE 2415 (Anm. 38): Brief von Paul Eyschen.

<sup>40</sup> Zit. nach ANLux AE 2415 (Anm. 38): Brief von Paul Eyschen.



gen Abschnitt bereits erwähnt wurde, die Our ein Kondominat bildet. Mayrisch brauchte also zur Verwirklichung seiner Pläne die Zusagen beider Staaten. Am 3. Dezember 1909 erhielt Eyschen schließlich eine Antwort des Regierungspräsidenten Dr. Baltz. Hierin erklärte sich dieser dazu bereit, das Vorhaben *nach Möglichkeit zu fördern und zu unterstützen*<sup>41</sup>, unter Vorbehalt, dass Mayrisch nähere Erläuterungen zu seinen Werken vorlege.

Die Tatsache, dass die Pläne Emile Mayrischs im Endeffekt nicht durchgeführt wurden, ist darauf zurückzuführen, dass sowohl die innen-, als auch die außenpolitische Situation jener Tage eher kompliziert war, bis sie 1914 schließlich im Ersten Weltkrieg mündete.

Luxemburgs Industrie hing in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zum größten Teil von der deutschen Wirtschaft ab. Seit 1842 war das Land, trotz Personalunion mit den Niederlanden, Mitglied im Zollverein und wirtschaftlich von der preußischen Zollgesetzgebung abhängig.<sup>42</sup> Lediglich die Brauereien und Tabakfabriken waren frei von deutschen Vorgaben.<sup>43</sup> Die wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland brachte dem Großherzogtum allerdings auch entscheidende Vorteile. Es konnte seine finanzielle Lage durch diese Allianz erheblich verbessern und entwickelte sich von einem armen Bauernstaat hin zu einem reichen Industrieland.<sup>44</sup>

Die Regierung Luxemburgs war vor dem Ersten Weltkrieg darauf bedacht, die Neutralität des Landes zu wahren und sich nicht in internationale politische Angelegenheiten einzumischen. Staatsminister Paul Eyschen versäumte es, gute Beziehungen zu anderen europäischen Ländern aufzubauen und eine effektive Außenpolitik zu betreiben.<sup>45</sup> Trotz der wirtschaftlichen Union mit Deutschland bestand eine gewisse Skepsis gegenüber dem deutschen Nachbarn; immer wieder kam es zu Gerüchten, dass Preußen Luxemburg annektieren wolle.<sup>46</sup> Diese Befürchtungen bewahrheiteten sich schließlich auch zum Teil während des Ersten Weltkrieges, als das deutsche Heer Luxemburg trotz Neutralität besetzte. Belgien zeigte nach dem Krieg Interesse daran das Großherzogtum zu annektieren.<sup>47</sup> Es herrschte zu jener Zeit ein Klima der politischen Unruhe und Skepsis gegenüber den Nachbarländern.

Eine Talsperre auf der Our hätte zu jenem Zeitpunkt für Luxemburg zu einer weiteren Abhängigkeit von Deutschland geführt, da Deutschland über den Fluss mitbestimmen konnte und Luxemburg zur wasserwirtschaftlichen Ausnutzung der Erlaubnis der preußischen Regierung bedurfte. Folglich hätte Preußen dem Großherzogtum Bedingungen stellen können.

<sup>41</sup> Zit. nach ANLux AE 2415 (Anm. 30): Brief vom Regierungspräsidenten Dr. Baltz in Trier an Paul Eyschen vom 3.12.1909.

<sup>42</sup> Vgl. CALMES, Christian und BOSSAERT, Danielle: Geschichte des Großherzogtums Luxemburg. Von 1815 bis heute. Luxemburg 1996, S. 179.

<sup>43</sup> Vgl. CALMES und BOSSAERT: Geschichte (Anm. 42), S. 187.

<sup>44</sup> Vgl. CALMES und BOSSAERT: Geschichte (Anm. 42), S. 199.

<sup>45</sup> Vgl. CALMES und BOSSAERT: Geschichte (Anm. 42), S. 283.

<sup>46</sup> Vgl. TRAUSCH, Gérard: La Société luxembourgeoise (Anm. 6), S. 50.

<sup>47</sup> Vgl. CALMES und BOSSAERT: Geschichte (Anm. 42), S. 288.

Auch die sich einige Jahre später als real herausstellende Befürchtung eines baldigen Krieges spielte eine Rolle. Das deutsche Militär hätte in diesem Falle die Anlagen an der Our zerstören oder enteignen können.

Die innenpolitische Lage Luxemburgs war zudem auch äußerst angespannt. Seit 1912 kam es immer wieder zu politischen Machtkämpfen zwischen der christlichen Rechten und den Liberalen und Sozialisten.<sup>48</sup> Bei diesen Streitereien ging es hauptsächlich um eine Reform des Schulsystems und die Minenkonzessionen.<sup>49</sup> Es ist also anzunehmen, dass die politische Situation und dieses Klima des Misstrauens und der Anspannung für das Scheitern dieses Projektes ausschlaggebend waren. Es wird jedoch nicht möglich sein diese Gegebenheiten mit absoluter Sicherheit zu überprüfen, da die vorhandenen Quellen nicht genügend Aufschluss darüber geben.

### **Die Ourtalsperre der zwanziger Jahre**

Auch in den zwanziger Jahren gab es mehrere Initiativen, ein Wasserwerk an der Our zu errichten, doch auch diese sollten scheitern. Das bekannteste und wohl auch größte Projekt dieses Jahrzehnts war jenes der RWE und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG).

Im Jahre 1925 arbeiteten diese beiden Unternehmen an einem Großprojekt für eine Pumpspeichieranlage. Die Gesellschaften gründeten zu diesem Zweck, zusammen mit dem Kreis Bitburg, die Eifelkraftwerke A.G. (EKW).<sup>50</sup> Jedoch wurde auch dieses Projekt nicht ausgeführt. Die Gründe dafür und die Reaktionen der Öffentlichkeit werden in diesem Abschnitt beleuchtet.

Das Großprojekt der zwanziger Jahre ist von großer Wichtigkeit, da es das Nachkriegsprojekt der SEO noch stark beeinflussen sollte.

#### *Das Projekt*

Das Mammutprojekt aus dem Jahr 1925 sah vor, bei Vianden ein Werk mit Pumpspeicherung zu errichten. Eine 106 m hohe Staumauer sollte hier ein Gefälle von maximal 101 m schaffen, so dass die Energie durch den natürlichen Zufluss der Our erzeugt werden konnte.<sup>51</sup> Die Staumauer sollte südlich von Stolzemburg errichtet werden und ein Staubecken von rund 800 Mio. Kubikmetern schaffen.<sup>52</sup> Das durch die Talsperre geschaffene Oberbecken sollte auf einer Höhe von 318 m über dem Meeresspiegel liegen mit der Möglichkeit, dass der Wasserpegel bis zu 320 m ansteigen konnte, um so den Hochwasserschutz zu garantieren.<sup>53</sup> Mit einer Oberfläche von 20 Quadratkilometern wäre es das größte Staubecken Europas geworden.<sup>54</sup> Unterhalb dieser Staumauer sollte sich das Unter- und Ausgleichbecken auf

<sup>48</sup> Vgl. THEWES, Guy: Les Gouvernements du Grand-Duché de Luxembourg depuis 1848, Luxembourg 2006, S. 57.

<sup>49</sup> THEWES: Les Gouvernements (Anm. 48), S. 57.

<sup>50</sup> Vgl. HAMER: Die Entstehung (Anm. 26), S. 61.

<sup>51</sup> HAMER: Die Entstehung (Anm. 26), S. 61.

<sup>52</sup> HAMER: Die Entstehung (Anm. 26), S. 61.

<sup>53</sup> Vgl. ANLux CFEL-0222-5: Convention Our, 1925-1959 (Cote provisoire: Fonds en cours d'inventorisation): EKW/AEG: Werk Vianden. Erläuterungsbericht vom 5.12.1925, S. 1.

<sup>54</sup> Vgl. ANLux CFEL-0222-5: EKW/AEG: Werk Vianden. Erläuterungsbericht (Anm. 53), S. 14.

einer Höhe von 230 m über dem Meeresspiegel befinden, aus welchem das Wasser mit Hilfe von billigem Nachtstrom in die Talsperre gepumpt werden sollte.<sup>55</sup> Das untere Becken sollte eine Wassermenge von 12,6 Mio. Kubikmetern umfassen.<sup>56</sup>

Es waren zwei Kraftwerke vorgesehen. Eines sollte unterhalb der Staumauer errichtet werden und im Endzustand eine maximale Leistung von 600 000 kW haben. Das andere sollte die durch das Ausgleichbecken entstehende Fallhöhe von 27 m nutzen und eine Leistung von 10 000 kW erbringen.<sup>57</sup> Die Talsperre und das Krafthaus sollten im Trockenbau gebaut werden. Zu diesem Zweck sollte die Our bis zur Fertigstellung umgeleitet werden.<sup>58</sup> Um die benötigten Wassermengen für das Staubecken zusammenzukriegen, wollte man mit Hilfe eines Stollensystems einige der übrigen Flüsse der Eifel und Ardennen beileiten.<sup>59</sup> Die Verwirklichung dieses Projektes hätte die Überflutung von sieben Dörfern beziehungsweise 160 Häusern zur Folge gehabt.<sup>60</sup> Es sollte ein Unternehmen von immensen Ausmaßen sein.

Dieses Projekt wurde am 5. Dezember 1925 dem Regierungspräsidenten in Trier und der großherzoglichen Regierung zur Konzessionierung vorgelegt.<sup>61</sup> Die Tatsache, dass das Unternehmen jedoch nie ausgeführt wurde, hatte ähnlich dem Projekt Mayrischs politische, aber auch durch die breitere Öffentlichkeit bedingte Ursachen.

### *Die politischen Gegebenheiten*

Die Realisierung eines Großprojektes wie der Talsperre der zwanziger Jahre hing ganz wesentlich von den politischen Bedingungen dieser Epoche ab. Das Werk an sich hatte schon eine politische Dimension, die dadurch bedingt war, dass die Nutzung der Our beiden Ländern zustand.

Um das spätere Scheitern des Projektes zu verstehen, müssen sowohl die politischen Rahmenbedingungen, welche im Speziellen mit dem Unternehmen zusammenhingen, als auch die Frage nach den allgemeinen politischen Zuständen geklärt werden. Als Quellenmaterial für die Gegebenheiten, die direkt mit dem Talsperrenbau zusammenhingen, dienen ein Gutachten vom 7. März 1928 zur militärpolitischen Lage des Großherzogtums<sup>62</sup> aus einer Akte des Außenministeriums sowie zwei Berichte über die Diskussionen in der Abgeordnetenkammer zu dieser Thematik<sup>63</sup>.

<sup>55</sup> Vgl. ANLux CFEL-0222-5: EKW/AEG: Werk Vianden. Erläuterungsbericht (Anm. 53), S. 2.

<sup>56</sup> Vgl. HAMER: Die Entstehung (Anm. 26), S. 61.

<sup>57</sup> Vgl. HAMER: Genèse et activité (Anm. 11), S. 32.

<sup>58</sup> Vgl. ANLux CFEL-0222-5: EKW/AEG: Werk Vianden. Erläuterungsbericht (Anm. 53), S. 14.

<sup>59</sup> Vgl. HAMER: Genèse et activité (Anm. 11), S. 32.

<sup>60</sup> Vgl. ANLux CFEL-0222-5: EKW/AEG: Werk Vianden. Erläuterungsbericht (Anm. 53), S. 14f.

<sup>61</sup> Vgl. HAMER: Die Entstehung (Anm. 26), S. 62.

<sup>62</sup> ANLux AE 2571: Inscription dans le «Wasserbuch» des droits du sieur Ernst Schmitz-Hübsch de Roth sur un barrage de l'Our: Gutachten von der Société Luxembourgeoise pour Entreprises Electriques über die Beeinflussung der militärpolitischen und strategischen Lage Luxemburgs durch den Bau einer Ourtalsperre vom 7.03.1928.

<sup>63</sup> Archives de la Ville de Vianden 12024: Kammer der Abgeordneten. Kurzgefasster Sitzungsbericht Nr. 12 und Nr. 13 vom 4.03.1926.

Laut dem Gutachten des Außenministeriums vom 7. März 1928 stelle die Talsperre an der Our ein Hindernis von militärischem Wert nicht dar<sup>64</sup>. Es handele sich bei dem Gelände um eine sehr unübersichtliche Gegend, welche sich nur schlecht zu militärischen Zwecken, wie dem Positionieren von Truppen, eignen würde.<sup>65</sup> Des Weiteren wird in der Expertise die Frage aufgeworfen, ob im Falle eines erneuten Krieges der Abschnitt, auf dem das Kraftwerk gebaut werden sollte, eine strategische Rolle einnehmen könnte.<sup>66</sup>

Der Versailler Vertrag legte fest, dass Deutschland keine Befestigungen am linken Rheinufer und in einer 50 km langen neutralen Zone östlich des Rheins errichten durfte.<sup>67</sup> Daraus zogen die Gutachter die Folgerung, dass das Aufmarschgebiet deutscher Truppen nur weit östlich der Rheinlinie liegen könnte. Man sah hier folglich keine Gefahr für das luxemburgische Gebiet. Auch eine französische Offensive würde, laut dem Gutachten, mit größter Wahrscheinlichkeit an der Rheinlinie stattfinden. Somit könnte Luxemburg niemals der Schauplatz irgendwelcher militärischer Operationen<sup>68</sup> werden. Diese Aussage ist sehr interessant, wenn man sich den weiteren Verlauf der Geschichte vor Augen führt. Aus heutiger Sicht wirkt die Behauptung fast naiv, vor allem wenn man bedenkt, dass besonders die Gegend des Ourlals während der deutschen Ardennenoffensive ein Hauptkriegsschauplatz war. Die Aussage, dass Luxemburg niemals als Ort militärischer Operationen in Frage kommen würde, sollte sich also als falsch herausstellen.

Ein weiterer Aspekt, auf den in diesem Gutachten eingegangen wurde, ist die Frage, ob es Einwände der französischen Regierung gegen den Bau der Talsperre geben könnte. Hier kommt man zu dem Schluss, dass dies eher unwahrscheinlich sei. Man ist der Meinung gewesen, dass dies nur der Fall sein könnte, wenn die französischen Truppen beabsichtigen würden, über neutrales luxemburgisches Gebiet nach Osten vorzustoßen, und somit durch das große Staubecken daran gehindert würden.<sup>69</sup> Die Gutachter schlussfolgerten, dass die französische Regierung dies aber nicht beabsichtige und somit keine Einwände gegen dieses Projekt haben oder darin eine Gefahr sehen könnte. Betrachtet man jedoch die weiteren Quellen in diesem Kontext, dann lässt sich diese Aussage nicht ganz bestätigen.

Die Autobiographie von Oberst Archen, einem Mitglied des französischen Geheimdienstes, der in einer Trierer Zweigstelle stationiert war, zeichnet ein anderes Bild. In seinen Memoiren behauptet Archen zum Beispiel, dass Paris an dem Projekt interessiert gewesen sei und es sogar als ein *projet nazi*<sup>70</sup> bezeichnen würde. Er sah sehr wohl in diesem Projekt eine militärische Bedrohung und äußerte folgende Bedenken: *En cas de tension politique en Allemagne, ils [die Deutschen] pour-*

<sup>64</sup> Zit. nach ANLux AE 2571: Gutachten von der Société Luxembourgeoise pour Entreprises Electriques über die Beeinflussung der militärpolitischen und strategischen Lage Luxemburgs durch den Bau einer Ourlalsperre vom 7.03.1928, S. 1.

<sup>65</sup> ANLux AE 2571: Gutachten (Anm. 64), S. 1.

<sup>66</sup> Vgl. ANLux AE 2571: Gutachten (Anm. 64), S. 5.

<sup>67</sup> Vgl. Friedensvertrag von Versailles [“Versailler Vertrag“]. Vom 28 Juni 1919. Artikel 42, unter: document Archiv, <http://www.documentarchiv.de/wr/vv03.html> (3.01.2004).

<sup>68</sup> Zit. nach ANLux AE 2571: Gutachten (Anm. 64), S. 5.

<sup>69</sup> Vgl. ANLux AE 2571: Gutachten (Anm. 64), S. 6f.

<sup>70</sup> Zit. nach ARCHEN, Fernand: Missions spéciales au Luxembourg, Paris 1969, S. 81.

*raient se croire autorisés à organiser une protection des ouvrages [...] En outre, une surveillance permanente des ouvrages devra être assurée soit par la police, la gendarmerie, voire même par des militaires – qui auront tout naturellement libre accès sur le territoire luxembourgeois.*<sup>71</sup>

Hier verdeutlicht sich die Angst der französischen Regierung, dass Deutschland mit dieser Talsperre wieder in Luxemburg an Einfluss gewinnen könnte und im Falle eines Krieges das Großherzogtum wieder besetzen würde. Durch die Talsperre würde der Zugang zum luxemburgischen Territorium nämlich erheblich erleichtert werden. Des Weiteren wollte Frankreich jedwede wirtschaftliche Union zwischen Deutschland und Luxemburg, wie es ja auch schon vom Versailler Vertrag vorgeschrieben wurde, unterbinden. Es ist allerdings davon auszugehen, dass dieser Oberst Archen als Quelle höchst unzuverlässig ist. Autobiographien stellen immer sehr subjektive Zeugnisse dar, welche sich nur schwer überprüfen lassen. Hinzu kommt, dass es nirgendwo zuverlässige Informationen über die Person Oberst Archen gibt. Dennoch befindet sich im „Escher Tageblatt“ vom 22. Februar 1926 ein Ausschnitt aus der „Trierer Landeszeitung“, der bestätigt, dass das Gerücht kursierte, dass *Frankreich gegen den Bau der Sperre Einspruch erhoben habe*<sup>72</sup>. Weiter heißt es, dass man diesem Gerücht nicht unbedingt glauben könnte, es aber angesichts der Vorschriften des Versailler Vertrags durchaus denkbar sei, da die Alliierten eine wirtschaftliche Union beider Länder untersagten.<sup>73</sup> Auch andere Zeitungen, wie z. B. die „Obermosel Zeitung“<sup>74</sup>, weisen darauf hin, dass es Einwände von französischer Seite her geben würde. So kann man davon ausgehen, dass die Aussage Archens wenigstens teilweise der Wahrheit entspricht.

Im Hinblick auf die Expertise bleibt zu bemerken, dass diese ein eher gutgläubiges, fast schon naives Urteil über die militärpolitische Situation des Projektes abgab. Deswegen ist auch davon auszugehen, dass die luxemburgische Regierung dem Unternehmen auf jeden Fall nicht abgeneigt war. Dies wird auch dadurch belegt, dass in der Kammersitzung vom 4. März 1926 darüber debattiert wurde. Das Großprojekt EKW-AEG wurde im Rahmen der Elektrifizierungsfrage in der Sitzung behandelt. Man bemängelte, dass das Projekt bis zu diesem Zeitpunkt nur ein solches sei und noch keine konkreteren Formen angenommen hätte.<sup>75</sup> Zudem gibt dieser Sitzungsbericht Aufschluss darüber, wie weit die Arbeiten zu dieser Zeit fortgeschritten waren.

Seit dem Konzessionsgesuch 1925 stockte das Projekt. Es mangelte an dem nötigen Kapital und es fehlten noch immer genauere Informationen zu dem Unternehmen.<sup>76</sup> Es wurde hier auch klargestellt, dass das Unternehmen nur realisiert werden könnte, wenn Luxemburg davon Vorteile hätte und die allgemeine Elektrifizierung

<sup>71</sup> Zit. nach ARCHEN: Missions (Anm. 70), S. 85.

<sup>72</sup> Zit. nach Um die Ourlalsperre, in: Luxemburger Tageblatt Nr. 43 vom 22.02.1926, ohne Seitenangabe.

<sup>73</sup> Um die Ourlalsperre (Anm. 72).

<sup>74</sup> Vgl. Die Frage der Ourlalsperre, in: Obermosel Zeitung Nr. 49 vom 1.03.1926, S. 1.

<sup>75</sup> Vgl. Archives de la Ville de Vianden 12024: Kammer der Abgeordneten. Kurzgefasster Sitzungsbericht Nr. 12 vom 4.03.1926.

<sup>76</sup> Vgl. Archives de la Ville de Vianden 12024: Kammer der Abgeordneten. Kurzgefasster Sitzungsbericht Nr. 13 vom 4.03.1926.



des Landes dadurch nicht gefährdet würde.<sup>77</sup> Solange das nötige Kapital jedoch nicht bereitstand und keine genaueren Pläne vorlagen, war die großherzogliche Regierung nicht gewillt die Konzession auszustellen.

Auch die allgemeine politische Situation in Luxemburg war in der Zwischenkriegszeit – vor allem in den zwanziger Jahren – vom Umbruch gekennzeichnet.

Das Großherzogtum befand sich nach dem Ersten Weltkrieg sowohl politisch als auch wirtschaftlich in einer schwierigen Lage. Trotz der auch von Deutschland garantierten unbewaffneten Neutralität war Luxemburg von 1914 bis 1918 von deutschen Truppen besetzt. Die luxemburgische Regierung und die Großherzogin Marie-Adelheid regierten weiterhin das Land, konnten sich aber nicht immer gegen deutsche militärische Forderungen durchsetzen. Gegen Kriegsende und insbesondere nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes warfen die Alliierten der Regierung und der Großherzogin vor, die Neutralität des Landes nicht genügend verteidigt zu haben, ja eine deutschfreundliche Haltung eingenommen zu haben. Zwar hatte die luxemburgische Regierung ihre Mitgliedschaft im Zollverein zum 31. Dezember 1918 aufgekündigt<sup>78</sup>, doch das reichte insbesondere Frankreich nicht, das es ablehnte, mit der Regierung der Großherzogin Marie-Adelheid Gespräche zu führen. In dieser Lage konnte Premierminister Emile Reuter die Großherzogin zur Abdankung bewegen. An ihre Stelle trat ihre Schwester Charlotte. In Luxemburg selbst regten sich republikanische Tendenzen sowie annexionistische Gruppierungen, die einen Anschluss an Frankreich beziehungsweise an Belgien propagierten.<sup>79</sup> Im Februar 1919 schlug Emile Reuter vor, in einem Referendum sowohl die Frage der Staatsform als auch die Frage der wirtschaftlichen Ausrichtung Luxemburgs zu klären. Auf Wunsch der Alliierten wurde das Referendum erst am 28. September 1919 abgehalten. 77,80 % der Wähler stimmten für die Beibehaltung der Dynastie unter Großherzogin Charlotte. Auf die Frage nach der wirtschaftlichen Annäherung stimmten 73 % für ein wirtschaftliches Bündnis mit Frankreich. Nach geheimen Verhandlungen mit Belgien und nachdem Belgien genügend Zugeständnisse gemacht hatte, erklärte Frankreich, an einer wirtschaftlichen Verbindung mit Luxemburg kein Interesse zu haben. Notgedrungen nahm die luxemburgische Regierung daraufhin Verhandlungen mit Belgien auf, die am 15. Juli 1921 mit der Unterzeichnung der belgisch-luxemburgischen Wirtschafts- und Währungsunion abgeschlossen wurden.

In den ersten zwanzig Jahren blieb das Verhältnis zum neuen Wirtschaftspartner gespannt, insbesondere da die luxemburgische Regierung sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, Belgien würde Luxemburg nicht als ebenbürtigen Partner respektieren.<sup>80</sup> In der Stahlindustrie traten französische und belgische Eigner an die Stelle der vormaligen deutschen Besitzer. Dennoch rissen die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland nicht ganz ab, sei es nur, weil von dort ein Großteil der Kohle für die Stahlindustrie bezogen wurde.

<sup>77</sup> Archives de la Ville de Vianden 12024: Sitzungsbericht Nr. 13 (Anm. 76).

<sup>78</sup> In Artikel 40 des Versailler Vertrages anerkennt Deutschland, dass Luxemburg „mit dem 1. Januar 1919 aufgehört hat, dem deutschen Zollverein anzugehören“, <http://www.documentarchiv.de/wr/vv03.html> (03.01.2004).

<sup>79</sup> Vgl. CALMES und BOSSAERT: Geschichte (Anm. 42), S.323.

<sup>80</sup> Vgl. TRAUSCH: Histoire (Anm. 3), S. 126.

Nachdem die Unabhängigkeit des Landes gerettet war, unternahm die Regierung Anstrengungen, unter Beibehaltung der Neutralität<sup>81</sup> eine eigenständige luxemburgische Außenpolitik zu betreiben.<sup>82</sup> So gelang es, am 16. Dezember 1920 als Mitglied des Völkerbundes anerkannt zu werden, und mit der Entsendung von Gesandten wurden die diplomatischen Beziehungen zu den Nachbarländern ausgebaut. Außenminister Joseph Bech verstärkte diese Bemühungen ab 1926 weiter und sorgte auch für eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland.<sup>83</sup>

Innenpolitisch bemühte man sich nach dem Ersten Weltkrieg, die Infrastruktur des Landes zu verbessern.<sup>84</sup> So war z. B. die Elektrifizierung Luxemburgs eines der Hauptanliegen der zwanziger Jahre, und diese Thematik nahm in der Presse und den Regierungsdebatten eine wichtige Stellung ein. Bis 1928 waren die meisten großen Städte und etwa hundert Ortschaften mit Strom versorgt.<sup>85</sup> Im Rahmen dieser Elektrifizierungsdebatte spielte die Ourlalsperre natürlich eine wichtige Rolle, da mit der Leistung dieses Kraftwerkes die damaligen Bedürfnisse an elektrischer Energie fast ganz gedeckt hätten werden können.

Die politische Situation des kleinen Landes war folglich nach dem Ersten Weltkrieg alles andere als einfach. Luxemburg musste versuchen, sich unter den großen Nachbarn zu behaupten, um seine Unabhängigkeit zu bewahren. Die Balance zwischen der Wahrung der eigenen Interessen und dem Versuch, es gleichzeitig den Alliierten recht zu machen, stellte eine wesentliche Problematik dar. Die Realisierung eines Projektes mit den Ausmaßen der Ourlalsperre konnte unter diesen Umständen nur problematisch werden. Frankreich und Belgien wollten jegliche wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Luxemburg und Deutschland unterbinden. Diese Talsperre konnte jedoch nur durch ein Zusammenwirken beider Länder zustande kommen. Die Verwirklichung des Projektes stand also schon von den politischen Rahmenbedingungen her unter äußerst schlechten Voraussetzungen.

### *Die Reaktionen der Öffentlichkeit*

Doch auch die breitere Öffentlichkeit des Landes erschwerte die Umsetzung eines solchen Unterfangens.

Ein Projekt von solchen Ausmaßen sorgte natürlich für viel Gespräch in der Öffentlichkeit. Vor allem die zahlreichen Zeitungsartikel aus jener Epoche geben einen Überblick darüber, wie die allgemeine Meinung zu diesem Unterfangen war. Grundsätzlich kann man sagen, dass die Zeitungen, egal welcher politischen Richtung sie angehörten, in Hinsicht auf das Kraftwerk in der Regel die gleichen Meinungen und Sorgen teilten.

Eines der größten Probleme wurde darin gesehen, dass der Bau dieser Talsperre die ländliche Region um das Ourlal in negativer Hinsicht beeinflussen würde. Zudem

<sup>81</sup> Vgl. CALMES und BOSSAERT: Geschichte (Anm. 42), S. 324.

<sup>82</sup> Vgl. KAYSER, Steve: De la neutralité à l'engagement (1926-1949). L'impact de la Seconde Guerre mondiale sur le statut international du Grand-Duché de Luxembourg, in: ...et war alles net esou einfach. Questions sur le Luxembourg et la Deuxième Guerre mondiale, hrsg. v. Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg (Publications scientifiques, Bd. 10), Luxembourg 2002, S. 179.

<sup>83</sup> Vgl. THEWES, Guy: Les Gouvernements (Anm. 48), S. 92.

<sup>84</sup> Vgl. CALMES und BOSSAERT: Geschichte (Anm. 42), S. 336.

<sup>85</sup> Vgl. CALMES und BOSSAERT: Geschichte (Anm. 42), S. 336.

mangelte es an Aufklärung über das Unternehmen gegenüber der betroffenen Bevölkerung und der Regierung. In diesen beiden Punkten waren sich die Presseorgane einig. So schreibt z. B. „Der Fortschritt“, eine Zeitung, die die Interessen des nördlichen Luxemburgs vertrat, am 19. Dezember 1925, dass durch diese Sperre *eines der schönsten und romantischsten Täler unserer Heimat verschwinden [...], ganze Dörfer unter Wasser gesetzt werden*<sup>86</sup> und dass es *notwendig wäre [...] eine genaue Aufklärung der zuständigen Behörden, besonders der Landesregierung [...]*<sup>87</sup> zu unternehmen. Auch die „Revue financière“ war der Auffassung, dass diese Talsperre *„un bouleversement complet du paysage“*<sup>88</sup> bedeuten würde. Der Vorwurf, dass es an Aufklärung gegenüber der luxemburgischen Bevölkerung mangelte, wird auch im konservativen „Luxemburger Wort“ deutlich. So konnte man in der Ausgabe vom 9. Januar 1926 in der Tageszeitung lesen, dass die Bewohner von Stolzemburg – eines der Dörfer, die verschwinden sollten – Protest eingelegt hätten, da sie *in schrecklicher Ungewissheit [...] betreffs ihrer nächsten Zukunft*<sup>89</sup> gelassen würden.

Eine weitere Schwierigkeit bestand laut Presse darin, dass das Unternehmen weitreichende strukturelle Nachteile für das Großherzogtum bedeutete, da viele Leute ihren Grund und Boden verlieren würden. Das vorherige Zitat vom 9. Januar 1926 belegte bereits, welche Unsicherheit bei den Menschen darüber herrschte, wie ihre Zukunft aussehen sollte, wenn das Ourtal überschwemmt würde. Die „Volkswacht“ schrieb sogar davon, dass 1500 bis 1800 Menschen umgesiedelt werden müssten.<sup>90</sup> Diese Zahl scheint allerdings übertrieben, denn vergleicht man diese mit denen anderer Quellen, wird deutlich, dass immer nur von höchstens 800 Menschen gesprochen wurde. „Der Fortschritt“ berichtete, dass die *meisten Anwohner der von der Ourtalsperre betroffenen Ortschaften [...] dieser Neuerung durchaus ablehnend gegenüber [...]*<sup>91</sup> stünden. Für die Bewohner des Ourtales hätte die Talsperre einen erheblichen Einschnitt in ihr Leben und für viele auch den Verlust ihrer Lebensgrundlage bedeutet. Sie waren jedoch nicht bereit alles aufzugeben, solange ihre Existenzgrundlage nicht gesichert war.

Die meisten Zeitungen sahen allerdings auch ein, dass diese Talsperre eine nicht zu vernachlässigende wirtschaftliche Chance und Bereicherung für das Großherzogtum bedeutete. Die „Revue financière“ war z. B. der Meinung, dass das Werk *pour l'industrie et pour le commerce [...] ne pourra être que bienfaisante, car aux grands industriels comme aux petits commerçants elle ouvrira des débouchés insoupçonnés*<sup>92</sup>. Auf der einen Seite war man sich also bewusst, dass es eine Chance für das Land darstellen konnte, auf der anderen Seite war jedoch die Angst vor zu großen Nachteilen vorherrschend. Es wurde versucht, der Regierung klarzumachen, dass in der ganzen Euphorie die Interessen des Landes und vor allem die der Anwohner nicht vergessen werden sollten.<sup>93</sup>

<sup>86</sup> Vgl. Aus dem Ourtale, in: Der Fortschritt. Organ f. die Interessen des Nordens Nr. 152 vom 19.12.1925, S. 2.

<sup>87</sup> Zit. nach Aus dem Ourtale (Anm. 86), S. 2.

<sup>88</sup> Zit. nach Le barrage de la vallée de l'Our, in: Revue Financière Nr. 7 vom 23.01.1926, S. 1.

<sup>89</sup> Zit. nach Stolzemburg. 9 Jan., in: Luxemburger Wort Nr. 9 vom 9/10.01.1926, ohne Seitenangabe.

<sup>90</sup> Vgl. Die Ourtalsperre, in: Die Volkswacht Nr. 3 vom 25.12.1925, ohne Seitenangabe.

<sup>91</sup> Zit. nach Aus dem Ourtale (Anm. 86), S. 2.

<sup>92</sup> Zit. nach Le barrage de la vallée de l'Our (Anm. 88), S. 1.

<sup>93</sup> Le barrage de la vallée de l'Our (Anm. 88), S. 1.

Die „Luxemburger Zeitung“ war sich bewusst, dass dieses Projekt für die Elektrifizierung des Landes von großem Nutzen sein konnte, jedoch wurde auch hier wieder auf die Notwendigkeit verwiesen, Luxemburg nicht zu benachteiligen und die Anwohner angemessen zu entschädigen.<sup>94</sup> Auch die „Luxemburger National Zeitung“ war davon überzeugt, dass dieses Werk für Luxemburg von wirtschaftlichem Vorteil sein könnte. Sie gab allerdings zu bedenken, ob man wirklich *alle Wasserkraft im Norden unseres Landes unwiderruflich in die Hände eines ausländischen Privatunternehmens*<sup>95</sup> geben wollte. Ein weiteres Mal verdeutlicht sich hier die Angst vor zu viel ausländischem Einfluss, der im Kriegsfall auch gegen das Land hätte genutzt werden können.

Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus konnte die nationale Presse der Talsperre also sowohl positive als auch negative Aspekte abgewinnen. Es wurde für äußerst wichtig befunden, die Interessen des Landes zu wahren, und vor allem sollte kein ausländisches Unternehmen zu viel Einfluss in Luxemburg gewinnen.

Von deutscher Seite her kann man in den luxemburgischen Zeitungen jener Jahre lesen, dass Kritik über die luxemburgischen Ansprüche laut wurde. Das „Escher Tageblatt“ – eine zu jener Zeit noch liberale und später eher links gerichtete Tageszeitung – druckte am 22. Februar 1926 einen Artikel aus der „Trierer Landeszeitung“ ab. In diesem wurde kritisiert, dass die Gemeinden mit ihren Forderungen nach Entschädigungen das Wesentliche aus den Augen verloren hätten.<sup>96</sup> Man kam zu dem Schluss, dass die luxemburgische Bevölkerung dem Projekt im Wege stünde und Angst hätte, nicht auf ihre Kosten zu kommen. Die Deutschen sahen folglich das Haupthindernis für die Realisierung des Unternehmens in den Luxemburgern. Auch in der „Obermosel Zeitung“ vom 1. März 1926 wurde von der deutschen Kritik an den luxemburgischen Forderungen berichtet. Die Deutschen befürchteten, dass die Luxemburger *zu hohe Ansprüche an die Gesellschaft der Eifelkraftwerke*<sup>97</sup> stellen und somit die Durchführung des Projektes gefährden würden.

Am 15. Januar 1926 sendete der Viandener Gemeinderat einen Brief mit einem Forderungskatalog an die luxemburgische Regierung, die sie stellten, falls das Ourtalprojekt realisiert werden sollte.<sup>98</sup> In diesem Schreiben machte die Viandener Gemeinde den Staat darauf aufmerksam, dass die Talsperre zwar wirtschaftliche Vorteile mit sich bringe, jedoch für die betroffene Region auch viele Nachteile.<sup>99</sup> Es wurde hier auch der leise Vorwurf laut, dass die luxemburgische Bevölkerung bei dem Projekt gegenüber der deutschen benachteiligt würde.<sup>100</sup> Aus diesem Grund stellte der Gemeinderat von Vianden einen Katalog mit Forderungen auf, der diesen

<sup>94</sup> Vgl. Die Ourtalsperre, in: Luxemburger Zeitung Nr. 5 vom 19.12.1925, S. 1f.

<sup>95</sup> WEBER, Batty : Abreißkalender, in: Luxemburger Zeitung Nr. 50 vom 19.02.1926, ohne Seitenangabe.

<sup>96</sup> Siehe Um die Ourtalsperre (Anm. 72): „Wollte man sich bei allen großen Plänen von im Vergleich zu dem Plan kleinlichen Einwendungen abhängig machen so würde nie eine Eisenbahn, ein Weg [...] geschweige denn eine Talsperre ausgeführt werden können“.

<sup>97</sup> Zit. nach Die Frage der Ourtalsperre, in: Obermosel Zeitung Nr. 49 vom 1.03.1926.

<sup>98</sup> Zit. nach ANLux AE 2571: Inscription dans le «Wasserbuch» des droits du sieur Ernst Schmitz-Hübsch de Roth sur un barrage de l'Our: Brief vom Viandener Gemeinderat an den Staatsminister vom 15.01.1926.

<sup>99</sup> Vgl. ANLux AE 2571: Viandener Gemeinderat an den Staatsminister (Anm. 98), S. 1.

<sup>100</sup> Siehe ANLux AE 2571: Viandener Gemeinderat an den Staatsminister (Anm. 98), S. 2: „Wir wollen es auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die luxemburgischen Bewohner des Ourtales bei der Verwirklichung des Projektes bei weitem am meisten in Mitleidenschaft gezogen werden.“.

Missstand ausgleichen sollte. An dieser Stelle zeichnete sich ab, dass die Bevölkerung das Gefühl hatte, sich gegenüber dem größeren Nachbarn behaupten zu müssen.

Der Forderungskatalog umfasste ganze 17 Bedingungen, wobei hier aber nur auf einzelne, exemplarisch eingegangen werden soll. So wurde beispielsweise gefordert, dass die durch den Bau des Kraftwerkes geschaffenen Arbeitsstellen wenigstens zur Hälfte mit luxemburgischen Arbeitern besetzt werden sollten.<sup>101</sup> Des Weiteren wurden ein ermäßigter Strompreis und angemessene finanzielle Entschädigungen für die verlorenen Territorien gefordert.<sup>102</sup> Eine weitere Bedingung bestand darin, dass die Gewässer der Our für die heimischen Gewerbe, vor allem für die Gerberei, erhalten blieben, sowie darin, dass die Möglichkeit zum Wassersport und der Fischerei auf dem Stausee gewährleistet würde.<sup>103</sup> Im Rahmen des Fremdenverkehrs verlangte man zudem, dass die nötigen Zufahrtswege zu dem Stausee und der umliegenden Gegend geschaffen würden.<sup>104</sup>

Der Viandener Gemeinderat versuchte also, die Interessen des Umlandes zu verteidigen und zusätzlich neue wirtschaftliche Erträge für die Gemeinde zu erschließen. Durch den Bau der Talsperre hätte der Ortschaft ein wirtschaftlicher Verlust, z. B. durch die überschwemmten Dörfer, gedroht. Man setzte alles daran, um so viele Vorteile wie möglich aus diesem Projekt zu schlagen. Um dem Ganzen Nachdruck zu verleihen, wurde in diesem Schreiben bewusst mit den Emotionen gespielt. So fängt der Brief mit dem in größerer Schrift gedruckten Ausruf *Was die Stadt Vianden verlieren wird!*<sup>105</sup> an. Dieser Satz sticht sofort ins Auge und soll die Wichtigkeit des Anliegens verdeutlichen. Der Brief spiegelt wiederum die allgemeine Angst vor Nachteilen durch diesen Bau, welche auch schon in den Zeitungsartikeln ersichtlich wurde, wider. Die eigenen Interessen sollten gewahrt und die Abhängigkeit von einem deutschen Unternehmen vermieden werden.

Ein weiterer Bericht, der Aufschluss über die Reaktionen der Öffentlichkeit liefert, ist derjenige der Alters- und Invalidenversicherung, die dabei war, ein Sanatorium für Lungenkranke in Vianden zu planen. Sie äußerte ihre Bedenken gegenüber diesem Projekt hinsichtlich des Einflusses auf die hygienischen Bedingungen. Man befürchtete, dass durch den mehrmals am Tag sinkenden Wasserpegel des Ausgleichbeckens der am Ufer zu Tage tretende Schlamm eine Brutstätte für Krankheitserreger darstellen könnte und somit schädlich für die lungenkranken Patienten wäre.<sup>106</sup> Das Sanatorium sollte in unmittelbarer Nähe zum Ausgleichbecken entstehen. Ein Gutachten<sup>107</sup>, das von der Versicherung in Auftrag gegeben wurde, konnte

<sup>101</sup> Vgl. ANLux AE 2571: Viandener Gemeinderat an den Staatsminister (Anm. 98), S. 3.

<sup>102</sup> ANLux AE 2571: Viandener Gemeinderat an den Staatsminister (Anm. 98), S. 3.

<sup>103</sup> ANLux AE 2571: Viandener Gemeinderat an den Staatsminister (Anm. 98), S. 3.

<sup>104</sup> ANLux AE 2571: Viandener Gemeinderat an den Staatsminister (Anm. 98), S. 3.

<sup>105</sup> Zit. nach ANLux AE 2571: Viandener Gemeinderat an den Staatsminister (Anm. 98), S. 3.

<sup>106</sup> Vgl. Archives de la Ville de Vianden 12024: Brief der Alters- und Invalidenversicherung an den Viandener Bürgermeister Edouard Wolff vom 14.01.1926.

<sup>107</sup> Vgl. ANLux CFEL-0222-5: Convention Our, 1925-1959 (Cote provisoire: Fonds en cours d'inventorisation): CALMETTE, A. / GUINARD, L.: Rapport technique relatif à l'influence que pourraient avoir les barrages de l'Our sur les conditions hygiéniques et l'emplacement du sanatorium de Vianden, Paris 1926.



diese Befürchtungen jedoch nicht bestätigen, und somit zog man den Einspruch schließlich zurück. Dennoch zeigt auch dieser Brief ganz deutlich die Skepsis gegenüber diesem Unternehmen.

In diesem Teil des Beitrags konnte anhand einiger exemplarisch ausgewählter Artikel deutlich gemacht werden, dass die Zeitungen, egal welcher politischen Richtung sie entstammten, mit ihren Meinungen und Befürchtungen zum größten Teil übereinstimmten. Die Tatsache, dass alle Zeitungen sich in ihren Ansichten mehr oder weniger einig waren, ist damit zu begründen, dass bedingt durch die Größe des Landes niemand eine ausreichende Distanz zu diesem Projekt wahrnehmen konnte. Jeder war schon einmal im Ourtal gewesen und hatte einen direkten emotionalen Bezug zu dieser Gegend. Abschließend kann man sagen, dass die Reaktionen der Öffentlichkeit von einem gewissen Zwiespalt gekennzeichnet waren. Auf der einen Seite konnte man dem Projekt gewisse Vorteile abgewinnen, wie z. B. die Ankurbelung des Fremdenverkehrs oder einen Beitrag zur Lösung des Elektrifikationsproblems. Auf der anderen Seite ist aus diesen Berichten eine gewisse Skepsis und auch Angst gegenüber diesem Plan herauszuhören. Die Bevölkerung und auch die Regierung hegten die Befürchtung, dass das Land wirtschaftlich benachteiligt würde und ein ausländisches Unternehmen zu viel Einfluss in Luxemburg ausüben könnte. Die öffentlichen Berichte vermitteln gleichzeitig ein Gefühl von Euphorie und Angst gegenüber diesem gigantischen Projekt. Der Mangel an genaueren Informationen über das Unternehmen trug sicherlich zu der allgemeinen Unsicherheit und Skepsis bei.

### *Gründe für das Scheitern*

Die vorherigen Abschnitte haben bereits verdeutlicht, wie es zum Scheitern dieses Großprojektes kam. Diese sollen hier noch einmal dargelegt und verdeutlicht werden. Die politische Situation beeinflusste das Scheitern des Projektes erheblich. Zum einen war die politische Lage in Luxemburg zu diesem Zeitpunkt relativ unruhig. Das Land hatte mit den Folgen des Ersten Weltkrieges zu kämpfen und musste sich politisch wie auch wirtschaftlich neu orientieren. Der Verlust von Deutschland als Wirtschaftspartner traf vor allem die Stahlindustrie sehr schwer. Des Weiteren versuchte die Regierung sich gegenüber den größeren Nachbarn zu behaupten, um nicht von diesen „verschlungen“ zu werden.

Die Angst vor wirtschaftlichen Nachteilen war eine der Hauptursachen für das Misslingen des Unternehmens. Das Großherzogtum versuchte seine Interessen durchzusetzen und zeigte wenig Kompromissbereitschaft. Der Verwaltungsrat für das Pumpspeicherwerk sollte beispielsweise mindestens zu einem Drittel von der luxemburgischen Regierung besetzt werden, und man verlangte, dass 50 % der Angestellten von luxemburgischer Nationalität seien.<sup>108</sup> So wurde versucht, den ausländischen Einfluss auf luxemburgischem Territorium einzudämmen.

Ein weiterer Grund für das Scheitern lag mit großer Sicherheit darin, dass Einwände von Frankreich zu erwarten waren. Mit dem Versailler Vertrag hatten diese versucht, den deutschen Einfluss in Luxemburg zu reduzieren. Es ist also davon

<sup>108</sup> Vgl. Die Ourtalsperre als Wirtschaftsfaktor für unser Land, in: Luxemburger Wort Nr.23 vom 23/24.01.1926, S. 3.

auszugehen, dass die französische Regierung nicht ohne Weiteres ein so großes Projekt deutsch-luxemburgischer Zusammenarbeit zugelassen hätte.

Ein weiteres Problem bestand in der Tatsache, dass es in Luxemburg keine Enteignungsgesetze nach deutschem Vorbild gab. Die Verfassung ließ eine Enteignung der Bürger nur zu, wenn es sich um „ein Werk öffentlichen Nutzens“<sup>109</sup> handelte, und dessen war man sich in diesem Fall nicht sicher. Die Regierung zweifelte daran, dass dieses Pumpspeicherwerk das richtige Projekt für die Lösung des Elektrifizierungsproblems in Luxemburg sei.<sup>110</sup>

Ein weiterer Faktor, der zum Misslingen des Projektes führte, war der Protest der Einwohner. Vor allem die Bewohner der Dörfer, die überschwemmt werden sollten, hatten Angst vor einer ungewissen Zukunft und forderten angemessene Entschädigungen. Wie die Zeitungsartikel jedoch gezeigt haben, war die deutsche Seite der Meinung, dass die Ansprüche der Luxemburger zu hoch seien. Auch die Briefe des Viandener Gemeinderates und der Verantwortlichen des Sanatoriums zeigen ganz deutlich, welche Skepsis diesem Projekt entgegenschlug. Es scheint sich für das Großherzogtum vor allem auch um eine Art psychologisches Problem gehandelt zu haben. Immer wieder wird deutlich, dass die Angst vor zu viel ausländischem Einfluss und somit auch erneuter Abhängigkeit vorherrschend war. Man wollte sich nicht unterkriegen lassen und sich Respekt im Ausland verschaffen.

Als Letztes bleibt noch hinzuzufügen, dass auch das Projekt selbst bzw. die Projektplaner zum Scheitern beitrugen. Die Planer hatten es versäumt, die Menschen ausreichend über das Unternehmen aufzuklären. Bedingt durch diese Ungewissheit, entstanden viele Ängste und Befürchtungen der Anwohner und auch der Regierung. Eine Zusage wurde so nicht gerade begünstigt. Des Weiteren schien die Finanzierung des Unterfangens nicht gesichert zu sein, was die luxemburgische Regierung dazu bewog ihr Einverständnis für die Konzession erst einmal nicht zu geben. Die Planung schien nur schleppend voranzugehen. Nachdem die Verhandlungen nicht fortzuschreiten schienen und immer wieder in einer Sackgasse endeten, nahm das Interesse der RWE und der AEG für das Projekt schließlich ab. Im Jahr 1927 wandten sich die Konzerne einem neuen, gänzlich deutschen Projekt zu und begannen mit der Errichtung des Pumpspeicherkraftwerkes in Herdecke.

Das Zusammenspiel verschiedenster Faktoren, sowohl politischer, gesellschaftlicher als auch wirtschaftlicher Natur, hat schließlich dazu geführt, dass auch dieses Projekt einer Oortalsperre scheiterte. Es war kaum möglich eine Einigung zu erzielen, welche alle Beteiligten zufriedengestellt hätte, da die Interessen zu verschieden und vielfältig waren. Die Echos aus den verschiedenen Zeitungen spiegeln die Stimmung und öffentlichen Reaktionen sehr gut wider, die gegenüber diesem Projekt vorherrschten. Dennoch war dieses Projekt für das Viandener Pumpspeicherwerk der Nachkriegszeit von Bedeutung. Das Unterfangen von 1925 legte entscheidende Grundlagen für die SEO. Es wurden wichtige Vorarbeiten geleistet, welche die Realisierung des Werkes in den 1950er Jahren wesentlich kostengünstiger machten. So wurden beispielsweise bereits wichtige geologische und technische Analysen durchgeführt, welche bei dem Nachkriegsprojekt konsultiert

<sup>109</sup> Zit. nach WEBER, Abreißkalender, in: Luxemburger Zeitung (Anm. 95).

<sup>110</sup> Vgl. Archives de la Ville de Vianden 12024: Sitzungsbericht Nr. 13 (Anm. 76).

werden konnten. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand Europa vor den Trümmern der diktatorischen und destruktiven Herrschaft der Nationalsozialisten. Europa war zu großen Teilen zerstört worden und musste einen Neuanfang, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, starten. Das Nachkriegsprojekt Ourtalsperre, welches in der nächsten Nummer der *Hémecht* näher analysiert werden soll, wurde wesentlich durch diese einschneidenden Veränderungen beeinflusst und teilweise erst in seiner heutigen Form ermöglicht. Der Marshallplan sollte bei diesem Neuanfang und der Entwicklung der SEO nach dem Zweiten Weltkrieg eine herausragende Rolle spielen.

Sally SCHOLER studierte Geschichte und Philosophie an der Ruprecht-Karl-Universität in Heidelberg und ist zurzeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsprojekt „Terres Rouges“, das vom Nationalarchiv sowie vom Centre d'études et de recherches européennes Robert Schuman geleitet wird, beschäftigt.

Hémecht erscheint vierteljährlich

**Der Abonnementspreis für das Jahr 2012**

**beträgt 36,00 €**

**Abonnement Studenten: 20,00 €**

**Einzelnummer: 16,00 €**

BCEE-Konto

IBAN LU61 0019 1300 6666 4000

Saint-Paul-Gruppe Luxemburg

Aktiengesellschaft Luxemburg

Geschichtliche Beiträge

sind zu richten an

**Redaktion Hémecht**

**B. P. 112**

**L-7216 Bereldange**

**E-Mail: hemecht@pt.lu**

La revue paraît quatre fois par an

**Le prix de l'abonnement pour l'année 2012**

**s'élève à 36,00 €**

**Abonnement étudiant: 20,00 €**

**Prix au numéro: 16,00 €**

à verser au compte auprès de la BCEE

IBAN LU61 0019 1300 6666 4000

de Saint-Paul Luxembourg

Société anonyme, Luxembourg

Pour toute collaboration

on est prié de s'adresser à la

**Rédaction Hémecht**

**B. P. 112**

**L-7216 Bereldange**

**e-mail: hemecht@pt.lu**